

Ganztagschulen als Weg in die Bildungsgerechtigkeit?

MdL Gerhard Kleinböck zu Gast am Privatgymnasium Weinheim

Gerhard Kleinböck, Mitglied des Landtags für den Wahlkreis Weinheim und schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, war im Rahmen des Tags der freien Schulen zu Gast beim geschäftsführenden Schulleiter Uwe Rahn und dessen Schulleitungsteam am Privatgymnasium Weinheim (PGW). Nach einem Schulrundgang und dem Hineinschnuppern in den Unterricht kam es zu einem Austausch zwischen der Schulleitung des PGW und dem SPD-Abgeordneten. Im Zentrum des Gesprächs standen die Herausforderungen, die die Gründung und der Betrieb eines gebundenen Ganztagsgymnasiums mit sich bringen. Einig waren sich alle am Gespräch Beteiligten darin, dass nur über ein ausgereiftes und nachhaltiges pädagogisches Konzept Bildungsgerechtigkeit erlangt werden können. Ein klassisches Halbtagsgymnasium mit Hausaufgabenstruktur setze doch meist voraus, dass die Eltern den Unterrichtsstoff mit ihren Kindern wiederholen oder sich eine teure Nachhilfe leisten können. „Baden-Württemberg ist deutschlandweit Spitzenreiter bei den jährlichen Ausgaben für Nachhilfe“, so Kleinböck, und gleichzeitig Schlusslicht bei der Beschulung in Ganztagschulen. Dies zeige, dass im Ländle noch einiges getan werden müsse, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Das schulische Angebot der Ganztagschulen zu erweitern, hält der ehemalige Schulleiter dabei für den richtigen Weg.

Uwe Rahn erläuterte, dass die Inflexibilität des vorhandenen Schulangebots und der Nachmittagsbetreuung ihn und seine Frau – immerhin Eltern von sechs Kindern – vor ca. 15 Jahren auf die Idee der Gründung von Ganztagsgymnasien gebracht hätte. So sei das Konzept gebundene Ganztagsgymnasien mit Nachmittagsunterricht, gemeinsamen Mittagessen und Unterrichtsgarantie einmalig in der baden-württembergischen Schullandschaft. Die monatlichen Kosten für den Besuch zum Beispiel am PGW seien dabei nicht unbedingt höher als die einer nachmittäglichen Betreuung an einer staatlichen Einrichtung, rechnete er vor. Doch das Anbieten dieses innovativen Schulkonzepts sei durchaus mit Schwierigkeiten verbunden, für die er auch die Politik in der Verantwortung sieht: „Die neue Bezugsschaltung über das Bruttokostenmodell des Privatschulgesetzes ist lediglich auf Halbtagsgymnasien ausgelegt. Gymnasien, die gebundenen Ganztagsunterricht leisten und dadurch einen erhöhten Finanzierungsbedarf haben, werden darin schlichtweg nicht berücksichtigt.“ Auch die im Gesetz festgehaltene Versorgungsabgabe für verbeamtete Lehrkräfte, die an Privatgymnasien unterrichten und dabei nicht vom Land, sondern von den jeweiligen privaten Trägern bezahlt werden, stelle das PGW vor Hürden: „Da unser Kollegium mit ca. 70 Prozent verbeamteten Lehrkräften einen sehr hohen Beamtenanteil hat, stellt uns die durchschnittliche zusätzliche Zahlung von über 1000,- Euro pro Lehrer als Versorgungsabgabe an das Land vor enorme finanzielle Herausforderungen“, so Rahn.

Eine weitere Herausforderung für private und öffentliche Schulen ist die künftige Digitalisierung, die sowohl Kleinböck als auch Rahn für unerlässlich halten, sofern sie sinnvoll umgesetzt wird. Beide sehen dabei aber noch Mängel bei der Übernahme der Folgekosten. Denn nachhaltige Digitalisierung an Schulen ist nur denkbar, wenn die dafür benötigten Ressourcen wie Endgeräte, Beamer, Schulserver oder Internetkonnektivität jederzeit funktionstüchtig sind. Dies zu gewährleisten, ist aus der Sicht beider Gesprächspartner ohne eigens dafür angestellten Administrator nicht möglich. So habe man am PGW bereits vor zwei Jahren einen Vollzeit-Administrator eingestellt, der sich ganztägig um die Belange der Digitalisierung an der Schule kümmere, erläutert Rahn. Kleinböck hingegen blickt darauf zurück, dass er während seiner Zeit als Schulleiter in Darmstadt selbstgebastelte Lösungen finden musste und stellt fest: „Hier muss die grün-schwarze Landesregierung nachbessern, denn jeder Schulleiter steht in dieser Sache vor dem gleichen Problem.“

Beide Seiten zeigen sich nach dem Gespräch sehr zufrieden über den konstruktiven Austausch und stellen fest, dass ihre Positionen nicht weit auseinanderliegen. „Letztendlich geht es uns allen doch darum, eine gute Bildung für künftige Generationen zu gewährleisten. Und wir sehen diese Möglichkeit am besten durch ein in ganz Europa etabliertes Konzept von Ganztagsschulen gewährleistet und nehmen dafür die bestehenden Herausforderungen auf uns“, resümiert Schulleiter Uwe Rahn.